

Wahlprüfsteine des Kuratoriums „Weltweite Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung“



Weil wir die Wahl haben...

wollen wir wissen, wofür Sie sich als
**Bundestagsabgeordneter /
Bundestagsabgeordnete einsetzen**

In der Gesellschaft werden Themen wie Nachhaltigkeit, Fairer Handel oder Kinderarbeit deutlich wahrgenommen und diskutiert. Auch Themen wie Landgrabbing oder Regulierung der Finanzmärkte werden von den Medien kompetent aufgegriffen und spiegeln den Wunsch der Menschen nach globaler Gerechtigkeit wider. Als Kuratorium der Evangelischen Kirche der Pfalz engagieren wir uns für die Themen Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung und vertreten die Interessen unserer Partner in der Entwicklungszusammenarbeit. Vielfältige Herausforderungen in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens müssen für die genannten Ziele, wie Nachhaltigkeit, globale Gerechtigkeit u.a., bewältigt werden.

Unserem Eindruck nach ist in vielen Fällen der politische Wille zur Veränderung nicht ausreichend.



Weil wir die Wahl haben.....

fragen wir deshalb zur Bundestagswahl 2013 in 7 Themenfeldern nach Ihrer Haltung und Ihrem Engagement als Kandidat bzw. Kandidatin für den Bundestag zu dieser notwendigen Veränderung.

Das Kuratorium Weltweite Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung hat die wichtigsten Fragen und Forderungen aus der Zivilgesellschaft an die Politik in diesen Bereichen zusammengetragen:

Finanzmärkten deutlicher Grenzen setzen!

Die Liberalisierung / Deregulierung (Glass-Steagall-Act) in 2000 mit der Aufhebung aller Grenzen im Finanzgewerbe hat letztlich zur großen Finanzkrise geführt. Diese wiederum hat die öffentliche Verschuldung erst in die heutigen Dimensionen hochschnellen lassen. Die Bankenrettung in der EU kostete 1,6 Billionen Euro. Die öffentlichen Finanzen sind in extreme Abhängigkeit von den Finanzmärkten geraten.

Die Gewinne der Finanzmärkte wurden in der Vergangenheit privatisiert. Die Verluste werden sozialisiert. Die Armen tragen besonders schwer an den Kosten der Finanzkrise.

Wir halten die Finanzmärkte für noch nicht ausreichend reguliert, um weitere Krisen zu verhindern.

Was muss Ihrer Meinung nach noch getan werden,

- um die Finanzmärkte stärker zu regulieren (Derivatehandel und hochspekulative Hedge-Fonds, Offshore-Finanzzentren),
- um die Verursacher der Bankenkrise an den Kosten zu beteiligen,
- zur Schaffung eines fairen und transparenten Insolvenzverfahren für Staaten (weil dies unverantwortliche Kreditvergaben verhindert und neuen Krisen vorbeugt)?

Spekulation mit Nahrungsmitteln beenden - „Mit Essen spielt man nicht“!

Die Preise für Nahrungsmittel werden immer stärker von der Wechselhaftigkeit des Finanzmarktes beeinflusst, nicht mehr vom Bedürfnis der Menschen, Bauern u. Unternehmen. Wer zahlt für die Gewinne der Anleger? 100 Millionen Menschen konnten sich 2007/2008 aufgrund der Preisexplosion nicht mehr ausreichend Nahrungsmittel leisten und mussten hungern. In 61 Staaten gab es in 2007 / 08 Hungeraufstände.

Wie stehen Sie zu folgenden Forderungen:

- Ein Verbot von Investmentfonds, Publikumsfonds und Zertifikaten an den Agrarrohstoffmärkten?
- Positionslimits einführen: Strikte Beschränkung für den Terminhandel mit Nahrungsmitteln (z.B. durch unumschiffbare Positionslimits) und wirksame Kontrollen durch starke Aufsichtsbehörden?

Europäische Agrarpolitik international verantwortlich gestalten!

Im EU-Vertrag ist festgeschrieben, dass die Agrarpolitik der Entwicklungspolitik nicht widersprechen darf.

Futtermittel von 2 Millionen Hektar Fläche werden aus Entwicklungsländern in die BRD importiert. Ein Großteil dieser Flächen würden in Entwicklungsländern für den Lebensmittelanbau zur Versorgung der eigenen Bevölkerung benötigt.

Würden Sie sich für folgende Forderungen einsetzen:

- eine Reduzierung von sozial und ökologisch bedenklichen Importen von Futtermitteln,
- die Abschaffung der Agrar-Exportsubventionen und Überprüfung der Dumpingwirkungen anderer Agrarsubventionen,
- Einleitung einer ökologisch-sozialen Agrarwende anstelle weiterer Agrarindustrie

Waffenhandel einschränken!

Deutschland liefert als drittgrößter Rüstungsexporteur der Welt u. a. auch an Diktaturen und autoritäre Regime. In Entwicklungsländern fehlen dagegen oft Mittel für Bildung und Armutsbekämpfung.

Wie stehen Sie zu folgenden Forderungen:

- keine Hermes-Bürgschaften für Rüstungsexporte,
- eine langfristige Konversion der Rüstungsindustrie und ein Verbot von Rüstungsexporten?

Asyl- und Migrationspolitik an den Menschenrechten ausrichten!

Grundsatz muss werden: Fluchtursachen bekämpfen – nicht die Flüchtlinge. Die „Dublin II-Verordnung“ verlagert die bundesdeutsche Verantwortung in EU-Staaten wie Griechenland und Italien.

Unterstützen Sie in Ihrer politischen Arbeit folgende Forderungen:

- Abschaffung der Dublin II-Verordnung und der so genannten „sicheren Drittstaatenregelung“?
- Harmonisierung des europäischen Asylrechts auf der Grundlage von Solidarität und Menschenrechten?
- Überprüfung europäischer Außen-, Handels- und Agrarpolitik auf entwicklungsschädliche Folgen für die Herkunftsländer?

Neuer Gesellschaftsvertrag zur Einhaltung von Klimazielen und für eine große Transformation

Die momentanen Entwicklungs- und Industriemodelle bedrohen die Lebensgrundlage vieler Menschen und zerstören Umwelt und Artenvielfalt.

Der Wissenschaftliche Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU) hat 2011 festgestellt:

„Das kohlenstoffbasierte Weltwirtschaftsmodell ist auch ein normativ unhaltbarer Zustand, denn es gefährdet die Stabilität des Klimasystems und damit die Existenzgrundlagen künftiger Generationen. ... Es ist jetzt eine vordringliche politische Aufgabe, die Blockade einer solchen Transformation zu beenden und den Übergang zu beschleunigen.

Der WBGU zeigt im Gutachten explizit, dass die technologischen Potenziale zur umfassenden Dekarbonisierung vorhanden sind, skizziert Geschäfts- und Finanzierungsmodelle für den Wandel und verdeutlicht, dass politische Instrumente für eine klimaverträgliche Transformation wohlbekannt sind.

- Welche Blockaden müssen Ihrer Meinung nach beendet werden?
- Welche Klimaziele (CO₂-Einsparung) sollen verfolgt werden?
- Wie soll die Energiewende vorangetrieben werden (im Blick auf Modernisierung der Netze, Kohlenutzung, Weiterentwicklung des Erneuerbare Energien-Gesetzes Gerechte Verteilung der Lasten, Steuerung durch die öffentliche Hand)?

Verbindliche Umwelt- und Sozialstandards für Unternehmen, Kommunen und Staaten einführen!

Unternehmen, Kommunen und Staaten müssen verstärkt auf die entwicklungspolitischen, menschenrechtlichen und ökologischen Wirkungen ihrer Geschäftstätigkeit achten. Umwelt- und Sozialstandards müssen eingehalten werden.

Werden Sie folgende Forderungen unterstützen:

- Verbindliche gesetzliche Regelungen für Umwelt- und Sozialstandards in Unternehmen, Kommunen und Staaten, denn freiwillige Selbstverpflichtungen reichen nicht aus,
- eine Dokumentations- und Offenlegungspflicht über erfolgte Umsetzungsschritte?



Weil wir die Wahl haben...

bitten wir die Kandidaten / Kandidatinnen, die sich zur Wahl stellen, uns Ihre Haltung und Ihr Engagement zu diesen Fragen darzulegen



Was können Sie als Wähler tun?

1. Hinterfragen Sie kritisch die Programme und Wahlversprechen der Parteien.
2. Befragen Sie Ihre Kandidatinnen und Kandidaten
3. Holen Sie sich Hintergrundinfos zu den Themen, siehe dazu auch unsere Internetseite www.welt-veraendern.de